



**Geschäftsführung
Ausschuss für Anregungen und
Beschwerden**

Herr Schmitz

Telefon: (0221) 221-26144

Fax: (0221) 221-26005

E-Mail: Andreas.Schmitz2@stadt-koeln.de

Datum: 12.12.2014

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 09.12.2014, 17:00 Uhr bis 18:40 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Horst Thelen	GRÜNE	
Herr Frank Schneider	SPD	
Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE	
Frau Polina Frebel	SPD	
Frau Erika Oedingen	SPD	
Frau Dagmar Paffen	SPD	
Herr Martin Erkelenz	CDU	
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU	in Vertretung für Frau Gräfin von Wengersky
Frau Ira Sommer	CDU	
Frau Berivan Aymaz	GRÜNE	
Herr Lino Hammer	GRÜNE	
Frau Renate Domke	auf Vorschlag der FDP	

Beratende Mitglieder

Herr Wilhelm Geraedts	AfD	
Frau Judith Wolter	pro Köln	
Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE	
Herr Ulf Florian	SPD	
Frau Helga Schlapka	SPD	
Thomas Roßbach	CDU	
Herr Stephan Horn	auf Vorschlag der Grünen	
Herr Felix Schneider	auf Vorschlag von DIE LINKE	
Herr Robert Wande	auf Vorschlag der FDP	

Verwaltung

Herr Dr. Höver	02-1
Herr Schmitz	02-1/4
Herr Dr. Trier	4512
Herr Richter	26
Herr Ferber	56

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Stephan Pohl	CDU
Frau Gräfin Alexandra von Wengersky	CDU

Beratende Mitglieder

Herr Joachim Geyszel	auf Vorschlag der CDU
Herr Heinz Klein	auf Vorschlag der CDU
Herr Stefan Fischer	GRÜNE
Herr Dieter Schöffmann	auf Vorschlag der Grünen

Herr Thelen eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Herr Zimmermann (Deine Freunde) merkt zu TOP 4.5 der Niederschrift der Sitzung vom 04.11.2014 Folgendes an:

Die Vertreterin des Gesundheitsamtes stand zwar für Nachfragen zur Verfügung, aufgrund des angenommenen Geschäftsordnungsantrages auf Ende der Debatte konnten aber tatsächlich keine fachlichen Fragen mehr gestellt werden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Mitteilungen

- 2.1 Zurückgewiesene Bürgereingabe - Beschwerde über die eingestellte Förderung für einen Kinderhort (Az.: 02-1600-91/14)
3141/2014

- 2.2 AN/2209/2014 - Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden am 23.09.2014

Hier: Stellungnahme zum Hinweis von Herrn Horn (Bündnis90/Die Grünen) bezüglich unterschiedlicher Einsatzzahlen der Tierrettung
3489/2014

- 2.3 Bauvorhaben auf dem Grundstück Danziger Straße/Memeler Straße in Köln Urbach (AZ.: 02-1600-66/14)
3625/2014

3 Anfragen

- 3.1 Mündliche Anfragen

- 3.2 Schriftliche Anfragen

- 3.2.1 Bürgereingabe Köln Urbach 2169/2014, weiteres Vorgehen nach Beschluß des Ausschusses Anregungen & Beschwerden, Anfrage Deine Freunde
AN/1730/2014

4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, Beschwerde über den geplanten Bau des Jüdischen Museums (Az.: 02-1600-96/14)
3117/2014

- 4.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, Kriterien bei der Auswahl von Standorten für Flüchtlingsheime - Information der Anwohnerinnen und Anwohner (Az.: 02-1600-74/14)
2718/2014

II. Nichtöffentlicher Teil

5 Mitteilungen

6 Anfragen

- 6.1 Mündliche Anfragen

- 6.2 Schriftliche Anfragen

7 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Mitteilungen

2.1 Zurückgewiesene Bürgereingabe - Beschwerde über die eingestellte Förderung für einen Kinderhort (Az.: 02-1600-91/14) 3141/2014

Kenntnis genommen.

2.2 AN/2209/2014 - Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden am 23.09.2014

Hier: Stellungnahme zum Hinweis von Herrn Horn (Bündnis90/Die Grünen) bezüglich unterschiedlicher Einsatzzahlen der Tierrettung 3489/2014

Kenntnis genommen.

2.3 Bauvorhaben auf dem Grundstück Danziger Straße/Memeler Straße in Köln Urbach (AZ.: 02-1600-66/14) 3625/2014

Kenntnis genommen.

Herr Schneider (SPD) merkt an, dass die Verwaltung die Infrastruktur auch hinsichtlich von Jugendeinrichtungen prüfen sollte. Er bittet hier um ergänzende Stellungnahme.

3 Anfragen

3.1 Mündliche Anfragen

3.2 Schriftliche Anfragen

3.2.1 Bürgereingabe Köln Urbach 2169/2014, weiteres Vorgehen nach Beschluß des Ausschusses Anregungen & Beschwerden, Anfrage Deine Freunde AN/1730/2014

Herr Dr. Höver (Bürgeramt Innenstadt) teilt mit, dass die Beantwortung erst zur nächsten Sitzung erfolgen kann, da noch externe Stellungnahmen eingeholt werden müssen. Sobald die Antwort vorliegt, wird diese aber dem Ausschuss vorab zur Kenntnis übersandt. Das Schreiben der Anwohnerinnen und Anwohner vom 30.11.2014 wird von der Verwaltung beantwortet.

Frau Aymaz (Grüne) und Frau Domke (FDP) betonen die Wichtigkeit des gefassten Beschlusses zur Durchführung eines moderierten Beteiligungsverfahrens. Die Verwaltung solle die hierfür geltenden Standards darlegen.

Herr Schneider (SPD) spricht sich dafür aus, dass die Verwaltung die Anwohnerinnen und Anwohner jeweils zeitnah über den aktuellen Sachstand informiert.

4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, Beschwerde über den geplanten Bau des Jüdischen Museums (Az.: 02-1600-96/14) 3117/2014

Die Petentin begründet ausführlich ihre Eingabe.

Herr Dr. Trier, Leiter des Römisch-Germanischen-Museums, und Herr Richter (Gebäudewirtschaft) stehen für Nachfragen zur Verfügung.

Herr Dr. Höver (Bürgeramt Innenstadt) merkt an, dass die vorliegende Eingabe keine typische Eingabe gemäß § 24 GO darstellt, da sie eine Vielzahl von Fragen und Aussagen zu unterschiedlichen Sachthemen beinhaltet. Die Verwaltung kann daher nicht zu allen aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen.

Herr Erkelenz (CDU) betont, dass sich seine Partei immer für eine maßvolle Bebauung des Rathausvorplatzes eingesetzt habe. Da die politischen Positionen aufgrund der sehr umfangreichen Diskussionen auf Ratsebene ausreichend dargestellt seien, spricht er sich für direkte Abstimmung aus.

Herr Schneider (SPD) sieht sich aufgrund der Vielzahl von aufgeworfenen Fragen außerstande, eine geregelte Diskussion zu der Eingabe zu führen. Er spricht sich für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus.

Herr Horn (Grüne) spricht sich ebenfalls für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus. Die Kosten seien entgegen der Äußerungen der Petentin bekannt und gedeckelt. Eine Überschreitung dieses Kostendeckels bedürfe der Zustimmung des Rates. Eventuelle Mehrkosten seien daher transparent.

Herr Zimmermann (Deine Freunde) merkt an, dass seiner Ansicht nach die Kosten nicht immer verständlich dargestellt seien und die Außendarstellung des Projektes insgesamt verbesserungswürdig sei.

Herr Thelen (Grüne) kann sich dieser Kritik nicht anschließen. Er führt aus, dass das Projekt immer wieder intensiv in der Öffentlichkeit diskutiert wurde und erfolgte Planungsänderungen auch auf diese Diskussionen zurückzuführen seien.

Frau Domke (FDP) weist auf den bestehenden Ratsbeschluss hin, der demokratisch zustande gekommen sei.

Herr Geraedts (AfD) kritisiert, dass der Landschaftsverband Rheinland, der viele soziale Einrichtungen aufgrund Geldmangels schließe, sich an dem Betrieb des Museums beteilige, ohne die genauen Kosten zu kennen. Aufgrund dessen sollten auch in kulturellen Belangen monetäre Aspekte nicht außer Acht gelassen werden.

Frau Wolter (pro Köln) betont gegenüber der Petentin, dass der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden einen bestehenden Ratsbeschluss im Nachhinein nicht ändern könne. Im Hinblick auf die Transparenz der Finanzierung schließe sie sich der Kritik der Petentin an.

Herr Thelen (Grüne) merkt an, dass der Ausschuss dem Rat durchaus empfehlen kann einen bestehenden Beschluss aufzuheben. Dies sei ein wichtiges Recht der Bürger.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt der Petentin für ihre Eingabe, folgt jedoch nicht den angeführten Kritik- und Beschwerdepunkten. Der Ausschuss bittet die Verwaltung, den geplanten Bau des Jüdischen Museums, wie vom Rat beschlossen, weiter zu

betreiben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU

4.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, Kriterien bei der Auswahl von Standorten für Flüchtlingsheime - Information der Anwohnerinnen und Anwohner (Az.: 02-1600-74/14) 2718/2014

Die Petenten begründen ihre Eingabe ausführlich.

Herr Ferber (Amt für Wohnungswesen) steht für Nachfragen zur Verfügung.

Frau Aymaz (Grüne) betont ihre Dankbarkeit gegenüber der Stadtgesellschaft, die eine hohe Bereitschaft zur Unterstützung von Flüchtlingen zeige. Angesichts der hohen Zahl an Flüchtlingen weltweit sei die Zahl der hier aufgenommenen Flüchtlinge sehr gering. Die in diesem Zusammenhang auftretenden Herausforderungen nehme die Politik aber sehr ernst. Wichtig sei es, die stadtweite Solidarität aufrechtzuerhalten.

Herr Schneider (SPD) dankt dem Petenten für sein Angebot, der Verwaltung Vorschläge für zusätzlichen Wohnraum zu unterbreiten. Die Verwaltung werde alle Vorschläge intensiv prüfen. Angesichts der Nöte und Sorgen der Flüchtlinge sei die Handlungsweise der Verwaltung, eine sozialverträgliche Unterbringung zu ermöglichen, zu begrüßen. Er spricht sich für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus.

Frau Akbayir (Linke) führt aus, dass die Verwaltung bei der Unterbringung von Flüchtlingen eine Fürsorgepflicht habe. Sie spricht sich ebenfalls für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus.

Frau Domke (FDP) kann die von dem Petenten angeführten Verstöße gegen die Kriterien zur Flüchtlingsunterbringung nicht erkennen. Die Situation sei zudem zu ernst um sich auf Kriterien zurückzuziehen.

Frau Wolter (pro Köln) spricht sich gegen den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus. Die Flüchtlingspolitik der Verwaltung sei nicht nachvollziehbar.

Herr Erkelenz (CDU) weist auf den gemeinsamen Antrag zur Flüchtlingspolitik in der nächsten Ratssitzung hin. In diesem werde gefordert, dass auch unerlaubt eingereiste Flüchtlinge bei den Zuweisungszahlen des Landes berücksichtigt werden. Die Politik habe die Pflicht, die Verwaltung in dieser schwierigen Situation zu unterstützen. Es sei wichtig, einen Konsens zu erreichen. Die von seiner Partei seinerzeit eingeforderte Transparenz bei der Flüchtlingsunterbringung werde inzwischen von der Verwaltung erbracht. Er spricht sich für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Petenten für ihre Eingabe, spricht sich jedoch für eine weitere Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 08.04.2014 aus.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt